

Versammlungsleitung: Ali Ismailovski und Michael Gödde

Protokoll: Birgit Naujoks

1. Begrüßung und Formalia

Das Protokoll der letzten Jahresversammlung wird ohne Beanstandungen verabschiedet.

2. Geschäftsbericht/Finanzbericht

Das Vorstandsmitglied Evelyn Meinhard stellt den Geschäftsbericht vor und dankt der Geschäftsstelle für die geleistete Arbeit. Der Geschäftsbericht wird mit dem Protokoll an die Mitglieder verschickt.

Der von dem für die Finanzen zuständigen Vorstandsmitglied Ingo Pickel gefertigte Finanzbericht wird von Ali Ismailovski vorgestellt.

3. Berichte Kassenprüferinnen

Michael Gödde übernimmt die Versammlungsleitung.

Der Bericht der Kassenprüferinnen Bärbel Radmacher und Andrea-Cora Walther wird verlesen. Sie bringen keine Beanstandungen vor und empfehlen die Entlastung des Vorstandes. Die Entlastung des Vorstandes erfolgt einstimmig bei zwei Enthaltungen per Handzeichen.

4. Wahl des Vorstands

Der amtierende Vorstand, bestehend aus Ingo Pickel, Ali Ismailovski und Evelyn Meinhard, stellt sich erneut zur Wahl. Ingo Pickel hat seine Kandidatur im Vorfeld schriftlich erklärt. Verena Jenter stellt sich zur Kandidatur. Sie ist seit etwa zwei Jahren hauptamtlich als Verfahrensberaterin tätig, zunächst in der ZUE Wickede, jetzt in der ZUE Soest.

Einstimmig wird eine Blockwahl beschlossen. Bei drei Enthaltungen werden Ali Ismailovski, Verena Jenter, Evelyn Meinhard und Ingo Pickel in offener Abstimmung einstimmig gewählt. Alle vier nehmen die Wahl an. Ingo Pickel hatte dies im Vorfeld schriftlich erklärt.

Ingo Pickel hatte sich zudem bereiterklärt, weiterhin als Vorstandsmitglied für die Finanzen zuständig zu sein und im Falle seiner Wahl diese anzunehmen. Er wird einstimmig wiedergewählt.

5. Wahl der Vertretungen in: BAG Pro Asyl, Forum Flughäfen

Ali Ismailovski übernimmt wieder die Versammlungsleitung.

Birgit Naujoks kandidiert erneut als Vertretung für die BAG Pro Asyl. Sie wird in offener Wahl einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an.

Aufgrund des anstehenden Gespräches mit den Vertreterinnen der Nichtregierungsorganisationen im Forum Flughäfen im Mai 2022, in dessen Folge die weitere Vertretung des Flüchtlingsrats NRW in diesem Gremium diskutiert werden soll, bleibt Dominik Huging erst einmal im Amt. Ggf. muss bei einer der nächsten Mitgliederversammlungen eine neue Vertreterin gewählt werden.

6. Mitgliedsbeiträge

Der Vorstand hat eine Änderung der Zahlungsweise der Mitgliedsbeiträge beschlossen: Ab sofort ist die Zahlung der Mitgliedsbeiträge nur noch halbjährlich oder jährlich möglich. Der Vorstand schlägt eine Erhöhung der Mitgliedsbeiträge ab 2023 vor auf 60 € für Einzelpersonen und 100 € für Initiativen. Die Beiträge wurden bislang noch nie angehoben. Mit der Erhöhung soll ein größerer Spielraum für Aktivitäten außerhalb von Projektstrukturen bzw. zur Ermöglichung weiterer Projektstrukturen (Eigenanteil) ermöglicht werden. Nach einer intensiven Diskussion wird mit elf Zustimmungen, zwei Enthaltungen und einer Gegenstimme die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge beschlossen.

7. Berichte aus den Initiativen

Ukraine:

In Aachen habe die Beratungsanfragen von Flüchtlingen aus der Ukraine stark zugenommen. Als schwierig stelle sich die Situation von dortigen Drittstaatlern, insbes. Studierenden, dar. Es gebe eine Ungleichbehandlung von ukrainischen Flüchtlingen und Flüchtlingen aus anderen Herkunftsländern, u.a. kostenlose Telefonkarten durch die Telekom und die Möglichkeit des sofortigen Bezugs privaten Wohnraums. Das KI Aachen sei „frustriert“: Bislang habe sich die Wohnungssuche für Flüchtlinge immer sehr schwierig gestaltet, nun gebe es auf einmal viele Wohnungsangebote.

Die ZUE Soest sei für die Unterbringung von Flüchtlingen aus der Ukraine leergezogen worden. Dies habe zu erheblichen Nachteilen für manche der bisherigen Bewohnerinnen geführt, u.a. Absage eines Facharzttermins, der zum Nachweis einer relevanten Erkrankung im Asylverfahren führen sollte, Unterbrechung psychologischer Behandlung etc. Die Verfahrensberatung mache bei den Flüchtlingen aus der Ukraine eher Verweisberatung, die Menschen blieben auch nur kurze Zeit. Es seien verhältnismäßig viele Menschen mit schweren Behinderungen darunter, dies werde jedoch den Kommunen nicht immer vor Zuweisung weitergegeben. Insgesamt sei der Informationsfluss problematisch. In den anderen, nun voll bzw. überbelegten Landesaufnahmeeinrichtungen, gebe es teilweise massive Konflikte. Zudem würden Familien derzeit teilweise nicht nach sechs Monaten zugewiesen.

In Dinslaken kümmere sich der städtische Integrationsbeauftragte um Wohnraum für Flüchtlinge aus der Ukraine. In den beiden Gemeinschaftsunterkünften seien 30 bzw. 20 Ukrainerinnen untergebracht. Es gebe sehr viel neues Engagement und es würden neue Ressourcen geschaffen, z.B. Kleiderkammern. Fraglich sei, ob dies auch für andere Flüchtlinge gelte.

In Herne seien in der Beratung noch nicht so viele ukrainische Flüchtlinge angekommen. Es würden jedoch viele große Player, z.B. katholische Kirchengemeinden, nun Angebote machen und viele Menschen wollten sich engagieren. Es sei ein behördliches Welcome Center für ukrainische Flüchtlinge eröffnet worden, zuständig für Fragen zu Schule, Soziales, Aufenthalt. In

Planung sei die Errichtung einer Landesunterkunft (Zeltstadt) in Castrop-Rauxel, dort war bereits 2015 eine Notunterkunft eingerichtet worden.

8. Thema: Guinea

Der Referent Momo Sossoko stellt sich vor. Er ist gebürtig aus Mali, zum Studium (zunächst Sport, dann Lehramt Sport und Französisch) nach Deutschland gekommen und lebt seit 16 Jahren hier. Er war Ende 2019 Mitgründer des Vereins „Jama Nyeta“, der Name bedeutet „Gemeinsam entwickeln“. Durch die Vereinsgründung konnten die schon vorher durchgeführten Angebote im Rahmen sprachsensibler Unterstützung und Beratung auf eine gesicherte finanzielle Basis gestellt werden. Seine Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Ergänzende Bemerkungen:

Der jetzige Präsident sei 2021 durch einen Militärputsch an die Macht gekommen. Er habe versprochen, nur kurz zu bleiben und dann Wahlen zu organisieren, bis jetzt gebe es jedoch noch keine entsprechenden Ansätze. Es gebe ein Ultimatum der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Frist zum 25.04.2022 – wenn es bis dahin noch keine Bestrebungen zur Organisation einer Wahl gebe, werde Guinea ausgeschlossen. Die Wirtschaftskraft sei zuletzt um 5,4 % gestiegen, das komme jedoch nicht bei der Bevölkerung an.

Die Referentin Andrea Struwe stellt sich vor. Sie ist seit 2018 Rechtsanwältin mit Schwerpunkt Migrationsrecht und hat seit zwei Jahren eine Kanzlei in Köln. Sie ist im Vorstand bei „Jama Nyeta“. Ihre Präsentation ist dem Protokoll beigelegt.

Ergänzende Bemerkungen:

Eine Flüchtlingsanerkennung von guineischen Staatsangehörigen komme nicht aus politischen Gründen, sondern vor allem wegen geschlechtsspezifischer Verfolgung in Betracht. Es sei nicht zu erwarten, dass sich durch die aktuelle Situation in Folge des Militärputsches daran etwas ändere, da dieser die Lage im Hinblick auf die „politische Überzeugung“ nicht verschlimmert habe. Die meisten guineischen Flüchtlinge hätten die Libyen-Fluchtroute hinter sich – viele seien traumatisiert.

Zur Mitwirkungspflicht bei der Passbeschaffung: Eine Geburtsurkunde werde nur im Geburtsort ausgestellt, nicht über Conakry. Wenn die Betroffenen niemanden im Geburtsort kennen, rät die Referentin dazu, einen Kostenvoranschlag von Vertrauensanwälten einzuholen und wenn es dann um hohe Kosten gehe, einen Übernahmeantrag beim Sozialamt zu stellen. Damit könne ggf. auch Zeit gewonnen werden. Sei man in Guinea nicht registriert, könne man mit Hilfe von zwei Zeugen ein Ersatzurteil bei dem lokal zuständigen Gericht erwirken. Es sei nicht möglich, von Deutschland aus einen Pass in Guinea zu beantragen. Auf Nachfrage erklärt die Referentin, dass sie noch keine Erfahrungen habe, ob eine Passbeschaffung über die guineische Botschaft in Paris möglich sei. Wenn gerade die Passbeschaffung nicht möglich sei, solle ein Passersatz beantragt werden, auch damit sei die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis möglich.

Eine Teilnehmende berichtet, dass die ABH Heinsberg in zwei Fällen Guineerinnen eine AE nach § 25 Abs. 5 AufenthG für sechs Monate erteilt habe, um in Guinea einen Pass zu beschaffen.